

Bekleidungsgewerkschaft

Organ des Verbandes christlicher Arbeitnehmer des Bekleidungsgewerbes
neue Folge der „Schneider-Zeitung“, mit der Monatsbeilage „Die berufstätige Frau“.

Erscheint alle 14 Tage Samstags. Bezugspreis: Durch die Post für Nichtmitglieder vierteljährlich 3 Mark ohne Befreiung.

Köln, den 18. Dezember 1920.
Geschäftsstelle Postfach 7. Fernruf 4534.

Redaktionschluss Montagsmittags vor dem Erscheinungstag. Inseratentnahme: Otto Kleine, Berlin SW 47, Rüdernstraße 67.

Deutsche Lebensfragen.

Wir haben in der letzten Nr. der „Bekleidungsgewerkschaft“ den Inhalt der Rede Stegerwalds auf dem 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften in gedrängter Kürze wiedergegeben. Die Rede Stegerwalds hat in der deutschen Presse ein lebhaftes Echo gefunden. Blätter aller Parteirichtungen befaßten sich mit ihr. Es war von vornherein zu erwarten, daß das Echo der Presse, je nach der Richtung, die sie vertritt, verschieden ausfallen würde. Die Tatsache jedoch, daß keine größere Zeitung achtlos an der Rede vorbeigehen konnte, ist Beweis dafür, daß Stegerwald in seiner Rede Probleme aufgerollt hat, die das ganze deutsche Volk berühren.

Interessant ist vor allem, wie die sozialdemokratische Presse sich zu der Essener Tagung stellt. Anfangs glaubte diese Presse, die Tagung vollständig zu können. Allmählich hat jedoch auch sie das Schwelgen beachten müssen. Sie hat nachlässig allerlei an der Tagung anzuklagen. Man kann's nicht wundern. Es hat zwei Welten getrennt, kann keine Übereinstimmung bestehen. Trotzdem sieht sich die sozialdemokratische Presse genötigt, ihre Leser zu warnen, die Essener Tagung zu unterschätzen. So schreibt u. a. die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“:

„Sozialer Anlaß zur Kritik und zu Zweifel ist die Essener Tagung auch gibt: es wäre falsch, vor ihrer Bedeutung die Augen zu verschließen. Einige Millionen Arbeiter stehen rechts vor uns. Das hat Essen so deutlich wie möglich gezeigt. Und es ist zu befürchten, daß ihr Einfluß in dem Maße wächst, wie sich weiten Arbeiterschaften die Inanspruchnahme der kommunistischen Kadavertypik ausbreitend.“

Die Befürchtung der „Rheinischen Zeitung“ ist nicht unbegründet. Sie hätte noch hinzugefügt sollen, wer die sozialdemokratischen und kommunistischen Massen die „Kadavertypik“ gelehrt hat. Es wird ein Segen für das ganze deutsche Volk — auch für die Arbeiterschaft — sein, wenn sich die Arbeiterschaft mehr und mehr von der Kadavertypik abwendet und versucht, praktische Arbeit zu leisten. Wie praktische Arbeit für das Volk geleistet werden kann und muß, das hat Stegerwald in seiner Rede gezeigt. Er hat nicht bloß auf die Fehler hingewiesen, die gemacht worden sind und auf die Schäden, die der Gegenwart anhaften, sondern auch die Aufgaben gekennzeichnet, die zu lösen sind, um wieder zu besseren, gesünderen Verhältnissen zu kommen. Aber die Wege und

Mittel zur Durchführung der Aufgaben und zur Erreichung der gesteckten Ziele (sach Stegerwald sich wie folgt aus:

Wir sind in die parlamentarische Regierungsform eingetreten mit einem Parteiystem und haben damit bis heute zu arbeiten versucht, das sich in ständiger Entwicklung unter absolut anderen Bedingungen und zur Erfüllung von Aufgaben herausgebildet hat, die völlig verschieden sind von den heutigen. Das ist die Kernfrage unserer heutigen politischen Lage, ohne deren auch nur einigermaßen befriedigende Lösung es keinen Wiederaufstieg Deutschlands geben wird. Die vortorparlamentären Parteien waren zum mindesten gewachsen auf dem Boden sehr alter Traditionen. Sie waren allerdings in einem bedeutlichen Maße fast kirchlich-politisch orientiert. Immerhin repräsentierten sie, wenn ich mich so ausdrücken darf, ziemlich kompakt die großen Stämme der öffentlichen Meinung, in die Deutschland seit langem zerfällt. Die nachtorparlamentären Parteien haben gewiß im Grunde etwas von diesem Charakter behalten. Aber wer den Wirrwarr der Revolutionszeit und die Verhandlungen im Winter 1918/19 miterlebt hat, der weiß, in welchem Maße Zufälligkeiten und Versäumnisse entscheidend bei der Neubildung der Parteien mitgewirkt haben. So kommt es, daß wir heute in allen bürgerlichen Parteien, in der einen mehr, in der anderen weniger, ein Konglomerat der verschiedenartigsten Anschauungen, besonders in sozialer Hinsicht vertreten finden. Die Parteien und ihre Führer müssen den Überanstrengungen der Straße Konzession auf Konzession machen. Das aber, was zu unserer Rettung erforderlich ist, kann nie durch eine Treibhauspolitik gemacht werden, sondern es muß bewirkt und unbetret durch Wind und Wetter, auch durch Stürme hindurch, die alles zu vernichten drohen, das Stener immer wieder auf das einmal erkannte Ziel hinarangeworfen werden. Wir brauchen eine feste, einheitliche, aktive parlamentarische Gruppe, die die Durchsetzung einer einmal eingeschlagenen Marschroute garantiert. Wir brauchen sie vor allem, weil sonst keine selbständige Macht Vertrauen in unsere Konstitution und auch kein Vertrauen in unsere Jugendschlacht bekommt. Eine auswärtige Politik, die völlig neu aufbauen muß, bedarf einer klaren Fundamentierung auf lange Sicht im Parlament.

Wir brauchen die große einheitliche Kraft im Parlament wieder ebenso stark für die Durchführung der innenpolitischen Reformen. Für die Wirtschaftspolitik gilt dasselbe. In noch höherem Maße aber gilt alles, was ich bisher

gesagt habe, für die Sozialpolitik. Wenn wir nicht eine große Partei haben, die durch ihre Macht allein die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in entscheidenden Augenblicken sichert und eine stetige Entwicklung verbürgt, dann sind alle Fortschritte auf dem Gebiete der Sozialpolitik, die wir als Gewerkschaftler unbedingt fordern müssen, in Gefahr, ganz anders zu werden als beabsichtigt. Ohne Stetigkeit der politischen Entwicklung gibt es keinen sozialen Fortschritt. Ohne Stetigkeit in der Politik werden alle Sozialreformmaßnahmen zu gefährlichen Experimenten.

Die große gemäßigte Partei, zu der wir unbedingt kommen müssen, sie kann sich nur aufbauen auf der Grundlage positiver christlicher Gesinnung. Ich habe es eingangs ausgesprochen: Reden von Programmen, noch von Gesetzen kann uns letzten Endes die Rettung kommen, sondern einzig und allein von der Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit einem wahrhaft christlichen Geist. Es sind noch mächtige Schichten im ganzen Volk vorhanden, die man zu diesem Zweck zu einem Block zusammenschließen kann. Heute sind diese Kräfte nicht nur in konfessioneller, sondern leider auch in politischer Beziehung getrennt. Solange wir eine feste Reichsgewalt hatten, war es zu ertragen. Heute aber, wo insgeheim und offen an allen deutschen Gewässern starke Magnete angelegt sind, um der dröckig gewordenen Stahlblock auseinanderzubrechen, da bedeutet die scharfe, politische Scheidung der Katholiken und Protestanten eine ungeheure Gefahr. Aus dauernd getrenntem politischem Marschieren können starke Entfremdungen und Spannungen eintreten, zumal wenn zwischen Regierung und Opposition ständig die Scheidelinie liegt. Die Entfremdung zwischen Vätern ist der erste Schritt zur offenen Feindschaft. Dieses Unglück darf nicht noch zu allem anderem über Deutschland kommen. Daraus müssen wir alle christlichen Kräfte auch in politischer Schickung zusammenschließen, solange es noch Zeit ist.

Wenn Deutschland wieder einsozialen soll, dann muß der Wille dazu in den Massen mächtig kraft und tief verankert sein. In diesem Zweck muß die politische Zusammenfassung der positiven christlichen Elemente eine ausgeprägte demokratische und soziale Fügung haben. Diese politische Zusammenfassung der positiven christlichen Kräfte muß so weithin sichtbar und unerschütterbar soziale Linien aufweisen, daß sie in der Lage ist, Phantasie und Denken der großen Massen zu erfüllen und dauernd in Anspruch zu nehmen. Wenn sie diese Jüge nicht aufweist, so ist die Aufgabe von Beginn an gescheitert. Wir dürfen nicht bei einer theoretischen Behauptung des Christentums stehen bleiben, sondern

von innen und von oben, positive Revolutionen zu sein. In diesem neuen politischen Gebilde ist kein Raum für Verfall, keine, die noch immer glauben, dass Mittel und durch Ausnutzung bestimmter Kräfte Mittel an den elementarsten sozialen Bedingungen der Zeit vorüberkommen.

Was wir wollen, ist die Zusammenführung der unterländlichen, christlichen, völkertümlich und wachstumslos sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten, besonders auch aus den Mittelstufen. Was wir aber nicht können, das hat die Zeit, die immer noch nichts gelernt haben, es nichts anderes können, als auf der schärfsten Zeiten-Schleife, ohne politischen Gedankens und Leitens für das Bessermachen aufzubringen. Eins aber will ich ganz besonders hervorheben: Der Werte schaffende Kaufmannsstand ist für jede Volkswirtschaft unentbehrlich. Was ein Zusammengehen mit dem ausschließlich kapitalistischen Staat, das heute in Deutschland, morgen in Holland und Amerika dominiert und übermorgen unter einem anderen Banner von dort zurückkehrt, wenn bei uns die wirtschaftliche Lage sich wieder gebessert hat, — mit diesem Kapital und all dem, was den Dingen rechtlos in der Berechnung kapitalistischer Gewinnmöglichkeiten entgegen und die alles nur noch hier und orientiert haben wollen, gibt es keine nur eine Verständigung.

Ein entscheidendes Augenblick für die gesamte Weiterentwicklung Deutschlands ist gekommen. Dem deutschen Volkleben, der deutschen Arbeiterbewegung muß ein neuer Inhalt gegeben werden. Es ist kein Naturgesetz, daß die heutige Arbeiterbewegung aus alle Zeiten marxistisch-klassenkämpferisch und antisozialistisch orientiert sein muß.

Was ich will, ist folgendes: Ich will bei dem Wiederaufbau Deutschlands der Sozialdemokratie nicht die übertragende Führung abverlangt wissen und jetzt abzuwehren nicht, weil bei der dafür die notwendigen kapitalistischen Voraussetzungen fehlen. Sie hat 30 Jahre lang in Deutschland gelebt und bringt daher für die unentwickelten Verhältnisse der Gegenwart nicht die Kraft auf, sie zu weichen. Sie schreit, damit die die Massen nicht entgleiten, ständig nach links. Und mit dieses Opponentenpartei und Katalysator ist der Wiederaufbau Deutschlands nun einmal nicht möglich. Wenn in Deutschland der Arbeiter im Staat und in der Wirtschaft ausserdem Einfluß eingeräumt wird, wenn für das deutsche Gemeinwohlleben andere geistige Voraussetzungen und andere äußere Formen gefunden werden, dann fehlen für die Schlagskraft einer sozialistischen Klassenpartei auf die Dauer die Voraussetzungen.

Wenn mich nun jemand fragt: WIRD da etwas für die Mitglieder der Deutschen Gewerkschaftsbundes eine besondere Partei bilden, so antworte ich mit einem klaren „Nein“. Mein Augenmerk und Rechnung wäre eine solche Partei möglich. Der Deutsche Gewerkschaftsbund zählt heute über zwei Millionen Mitglieder. Mit den Familienangehörigen und bei gutem Gelingen der Werke würde eine solche Partei in nicht zu ferne Zeit ihre vier Millionen Mitglieder aufbringen. Trotzdem bin ich — von tiefsten Erwägungen ganz abgesehen — auch aus politischen Gründen ein Gegner einer weiteren Klassenpartei in Deutschland. Ich sagte vorher schon, daß das Problem der Stunde ist, in Deutschland ein einheitliches Volkstum zu schaffen. Dieses einheitliche Volkstum ist auf die Dauer

in Mitteleuropa der der Charakterverfestigung der Deutschen nur möglich auf dem Boden der sozialen Gleichheit. Nur wenn die Arbeiter der verschiedenen Gewerkschaften, die heute in uns eine einheitliche, politische Partei bilden, das deutsche Volk heute in einem einheitlichen Volkstum auf der einheitlichen Grundlage der sozialen Gleichheit, die die Schaffung eines einheitlichen Volkstums ist, doch möglichst geschlossenen politischen Einheitsfront, umfassend die mit den Gewerkschaftsbund gruppierten Kreise und die überbetrieblichen Volksschichten in Stadt und Land, umfassend die gesamte schaffende Arbeit, umfassend alle Schichten, die sich auf den Boden der alten deutschen christlichen Kultur stellen.

Diese Volkspartei muß hart und politisch genug sein, um die Dinge hartnäckig anzugehen, und loyal und völkertümlich genug sein, um Erhebungen bei den breitesten Massen machen zu können. Wie muß in großen Zügen der Kerngehalt der Partei sein, um ihm Aufgaben zu erfüllen und den Weg zu einem freieren und dauernden Wiederaufbau freizumachen? Um für die Exaltation in den Massen wirksam zu sein, muß es auf eine einfache aber überzeugende Lösung gebracht werden. Eine solche Lösung läßt sich in den vier Worten am besten ausdrücken:

„Deutsch, christlich, demokratisch, sozial“.

Deutsch bedeutet die Bereitschaft für Deutschlands Bestimmung aus den Gläubigkeits des Verfallenen Bestandes mit allen Kräften zu kämpfen und, wenn es sein muß, sich zu opfern. Deutsch bedeutet das Festhalten an einem unablässigen, freien Deutschland, bedeutet den Kampf um die politische Einigung auch mit den deutschen Stämmen Österreichs, bedeutet das Festhalten auf bodenkundige Kultur, auf echtes Volkstum, bedeutet endlich die Lösung der dem Eigenarten der deutschen Stämme und dem christlich demokratischen.

Christlich bedeutet die Anerkennung der christlichen Kultur als Grundlage des Staates, nicht nur als Ethik, sondern in der bewussten Entschlossenheit, alles das entgegen zu stehen und zu bekämpfen, was aus der materialistischen und mechanistischen Weltanschauung eines unchristlichen Kulturzeitalters entstanden ist. Christlich bedeutet auch den Kampf um die Durchführung des Gedankens der ausgleichenden Gerechtigkeit im Leben der Völker untereinander.

Demokratie kann für uns nur die demokratische Selbstverwaltung auf staatlicher, wirtschaftlicher und sozialer Gebiet sein. Demokratie ohne Selbstverwaltung auf breiter Grundlage nach französischem Muster ist etwas sehr Normales, ist ein Zwangsgelächter, das zur Willkürherrschaft von zufälligen Parlamentenmehrheiten, zu immer härterer Schablottierung und schließlich zu vollkommener Willkürherrschaft aller Beziehungen des Einzelnen zur Gesamtheit führt.

Sozial bedeutet die Beweissicherung der organischen Auffassung von Staat und Gesellschaft, also lebendige Verankerung jedes einzelnen im Ganzen. Sie bedeutet Ablehnung des atomistischen Individualismus und des mechanisierenden Zwangsgelächters. Sozial bedeutet weiter die prinzipielle Anerkennung des Arbeitnehmers als Subjekt und gleichberechtigten Träger der Produktion mit allen Konsequenzen. Ein sozialer Programm erfordert daher auch Ordnung der Wirtschaft, soweit überhaupt die Wirtschaftsentwicklung vom freien Ermessen der Menschen abhängig gemacht werden kann.

Das sind Forderungen, die Resonanz im Volk finden werden, die den Lebensbedingungen des deutschen Volkes in der schweren Periode

seiner Geschichte entsprechen, die auch dem Geist eines neuen Christentums und einer neuen Volkswirtschaft entsprechen. Ihnen wird die neue Partei entsprechen, die diesen Geist der Bewegung hat, die alle sozial und wirtschaftlich berechtigten Kreise der deutschen Bewegung vereint, die ihnen wird es auch möglich sein, alle wirklichen wirtschaftlichen und politischen Kräfte des intelligenten zu gewinnen.

Die Gesamtsituation ist folgende:

1. Eine starke christlich-nationale Volkspartei, eine starke Arbeiterpartei ist das Gebot der Stunde, wenn der Wiederaufbau Deutschlands für wirtschaftlich, sozialer und kultureller Hinsicht gelingen soll;
2. der evangelische Volkswill aus sich heraus kann diese Partei nicht schaffen; dafür streben die Kräfte bei ihm zu stark auseinander;
3. der katholische Volkswill allein ist für eine starke Mittelpartei, insbesondere auch im Hinblick darauf, daß er durch die Wiederaufbau gebietet Partei geschwächt ist, ebenfalls zu schwach;
4. wenn das große Ziel gelingen soll, ist es notwendig eine politische Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager des Gebot der Stunde.

Dem 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands sollen auch Leser folgen.

Wir sind uns klar, das die politische gleichgültigsten Kräfte in Deutschland nicht von einem Tag zum andern zum einheitlichen Handeln in einer Partei zusammengeführt werden können. Als Massenbewegung müssen wir uns aber in den Dienst der ausgeprochenen Gedanken stellen. Es ist dabei folgendes dringlich:

1. Es soll auf dem Kongress ein parlamentarische Aktionskomitee gewählt werden, das eine zweifache Aufgabe zu übernehmen hat: Es soll zunächst in den nächsten größeren Zeit von sozialistischen Parteikongressen, Parteipublikationen und vor dem parlamentarischen Kongressprogramm, wobei gewisse Schwerepunkte schon fest ein politisches Zusammenwirken der gleichgerichteten Kräfte herbeizuführen haben. Dann soll das Komitee eine einheitliche politische Zusammenfassung dieser Kräfte anstreben und mit Nachdruck betreiben.

2. Es soll eine führende Tageszeitung geschaffen werden, die sich mit aller Kraft in den Dienst des deutschen Wiederaufbaus im Einklang meiner Darlegungen stellen soll. Die Hauptaufgabe unterer führenden Tagesblätter soll sein, die erste, marxistische Klassenpartei und die leitende kraftmäßige Dienststelle im deutschen Volkstum mit Nachdruck durchzuführen und für ein hartes soziales und nationales Kampfbewußtsein in den arbeitenden Schichten des deutschen Volkes die Bahn freizumachen.

3. Weiterhin soll eine Volkshaus gebildet werden, um die wirtschaftlichen Kräfte der christlich-nationalen Arbeiter und Angestellten und Beamten und sonstiger diesen nahestehenden Kreise bei dem deutschen Wiederaufbau einheitlich zusammenzufassen und zur Geltung zu bringen.

Der schweren Arbeit haben wir in den nächsten Jahrzehnten da. Für Tätigkeitsmenschen, die Dummheitmenschen ist in den nächsten 20 Jahren in Deutschland kein Raum. Wir müssen heutigen Zustellungen wollen es zu erreichen. Einmal vor der christlich-nationalen Arbeiterpartei Deutschlands und den politischen Kräfte im In- und Ausland anzusprechen, was ist. Und dann möchte ich festhalten, ob eine der härtesten Volkgruppen Deutschlands,

die den Kongress verabschiedet, gewillt und entschlossen ist, sich sofort auf den Boden dieser Gedanken zu stellen. Wie ein entschlossener Mann vorzugehen ist, findet sich auch der Weg. **Was nun kommt an die Reihe Arbeit.**

Sinn des Manifestes für den Arbeiterkampf des deutschen Volkes.

Beschlüsse des 10. Kongresses der christlichen Gewerkschaften.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften hat eine Reihe wichtiger Beschlüsse gefaßt. Die Beschlüsse betreffen vor allem die Ziele und Gründung einer Volkshand, sowie die Vereinbarung zwischen den christlichen Gewerkschaften und dem Verbande katholischer Arbeitervereine (Sieg Berlin) haben wir bereits in der letzten Nummer veröffentlicht. Wir lassen heute eine Anzahl weiterer Beschlüsse folgen. Dabei müssen wir leider infolge Raummangels davon absehen, alle Beschlüsse wörtlich wiederzugeben.

Zur die Revision des Versailles Vertrages.
Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands hält es für seine erste und heiligste Pflicht, eine grundlegende Revision des Versailles Vertrages auf das schärfste und nachdrücklichste zu fordern.

Der Kongress spricht dem Versailles Vertrag eine innere Rechtlosigkeit ab. Der Vertrag ist mit Gewalt unter dem unvollständigen Schutz der letzten Nummer veröffentlicht. Wir lassen heute eine Anzahl weiterer Beschlüsse folgen. Dabei müssen wir leider infolge Raummangels davon absehen, alle Beschlüsse wörtlich wiederzugeben.

Der Kongress erklärt in dem Versailles Vertrag eine unüberwindliche Schranke für die künftige Erneuerung, für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und für die soziale Neugestaltung unseres geschunden Vaterlandes und des ganzen nördlichen Europas.

Der Versailles Vertrag bedeutet die Verarmung des mechanisch militärischen Denkens und damit die ausschließliche Wertung der Menschen als Objekt und Ziel. Er ist die Verneinung der christlichen Grundanschauung von der menschlichen Persönlichkeit des einzelnen und des Völkern. Er erschüttert die Grundlage jeder christlichen Rechtsauffassung. Die wesentlichen Bestimmungen des Versailles Vertrages sind unheilvoll, weil sie auch bei der größten Bereitwilligkeit nicht zu erfüllen sind und daher immer neue Erpressungsmöglichkeiten schaffen.

Der Versailles Vertrag demotiviert die Widerbestellung der natürlichen Arbeitsteilung zwischen den Völkern, durch die vornehmlich die im Krieg zerstörte Produktion auf das zur Wiederaufbau des heutigen Kulturlandes aufzuweckende Ansehen zu bringen ist.

Der Versailles Vertrag ist ein Haß auf den Ideal der neuen Zeit und insbesondere auf die christliche soziale Auffassung, die die Umwertung der Person aller Überlebigen zum Objekt zur natürlichen Persönlichkeit und Mitredner der Wirtschaft erstreckt. Er schlägt die Arbeitnehmer aller besiegten Staaten auf die abstrakte soziale Stufe herab; denn er raubt den einzelnen wie den Völkern in den besiegten Ländern die freie Bestimmung über ihr Arbeitsprodukt.

Der Kongress fordert daher die nachdrückliche Ausführung der Eingangsbestimmungen des Versaillesvertrages, die die Sicherstellung der natürlichen Persönlichkeit und des sozialen Aufbaus sowie alle gewalttätigen Eingriffe zum Ziele haben.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands appelliert an das Gewissen der ganzen Menschheit und mit besonderem Nachdruck an die gleichgesinnten Arbeitsschaffenden aller Länder, sich mit ihm in dem Kampfe gegen die unchristlichen und unchristlichen Bestimmungen des Versailles Vertrages zu vereinigen. Von der heftigsten Durchführung dieses Kampfes kann allein die Erlösung Europas und die Rettung der christlichen Kultur kommen.

Es ist unsere weitere Verpflichtung anderer Gewerkschaften.

Es ist unsere Pflicht, daß die Christen in...

von mehr als 600 000 Mitgl. durch Deutschland beschickt. Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften wendet sich mit Nachdruck gegen diese, wie gegen alle Fortbewerger und Maßnahmen, durch die die ohnehin unterernährte deutsche Bevölkerung in ihrer Nahrungs- und Bekleidungsversorgung eine weitere Verschlechterung erfährt. Der sehr großen andauernden Mangel an Milch und Milchprodukten hat insbesondere unter der deutschen Jugend ungeheure gesundheitliche Verheerungen zur Folge gehabt. Eine ganze Generation ist durch die bisherigen Entbehrungen der zum Leben unerlässlichen Nahrungsmittel in ihrem Wachstum weiterhin auf das schwerste gefährdet. Eine weitere Ablieferung von Milchprodukten würde diese Gefahr in höchstem Maße vergrößern.

Der Kongress kann unmöglich annehmen, daß bei den Völkern, deren Regierungen diese Forderungen an uns stellen, eine wirkliche Kenntnis des Elends in Deutschland besteht. Andernfalls würde in einem Augenblicke, wo in den Entente-Ländern besonders für die Kinder durch eine ausreichende Ernährungsmöglichkeit vorhanden sind, um welterschütternde Organisationen aus aller Welt sich bemühen, das deutsche Kindervolk zu lindern, diese neue Forderung einen Hohn auf die Grundzüge des Christentums und des Menschlichen bedeuten. Sie wäre die bewusste Vernichtung eines ganzen Volkes in seiner heranwachsenden Generation.

Der Kongress bittet die Regierung, sich den neuen Forderungen auf das schärfste zu widersetzen. An alle christlich denkenden Kreise im Ausland, besonders aber an seine mit ihm gleichbedeutenden Arbeitsschaffenden, richtet der Kongress einen dringenden Appell, sich mit ihm in dem Kampfe gegen diese neuen Forderungen zu vereinigen.

Zur Erleichterung der Kohlenablieferungsverpflichtungen.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands erklärt die Reichsregierung, daß der Engene um Erleichterung der Kohlenablieferungsverpflichtungen, sowohl hinsichtlich der Mengen, mehr noch aber hinsichtlich der Sorten, vortheltig zu werden. Die letzten Bedingungen, die Deutschland bisher gemessenhaft erfüllt hat, sind auf die Dauer untragbar. Sie bringen das deutsche Wirtschaftsleben langsam, aber sicher zum Erliegen. Arbeitermangel und Arbeitslosigkeit wegen Kohlenmangels sind in den verschiedenen Industrien schon heute an der Tagesordnung, auch in solchen Bezirken, wo die Kohle gewonnen wird. Die Hausbrandversorgung ist ebenfalls auf das höchste gefährdet, wenn keine Milderung der Ablieferungsverpflichtungen erfolgt.

Der Kongress hebt die Regierung auf dem Standpunkt, daß keine Kohlen unentgeltlich oder für Amode verbraucht werden, die nicht volkswirtschaftlich unbedingt geboten sind. Deshalb wird eine stärkere Einschränkung des Nichtverbrauchs, besonders in den Großstädten wie Berlin usw., verlangt. Es macht im Interesse der Auslands den Völkern Einbruch, wenn man an den oft sehr unethischen Vergünstigungen eine unethische Schutzmaßnahme treibt, während wir auf allen anderen Gebieten unter dem bittersten Mangel an Licht, Kraft und Heizung leiden. Es wird von der Regierung erwartet, daß sie hier recht bald Abhilfe schafft.

Zur Oberkassens.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands fordert keine Militärdienst und das gesamte deutsche Volk auf, den Entschuldigungsanspruch in Oberkassens mit größtem Interesse und größter Regelmäßigkeit zu verfolgen.

Mehr als fünf Jahrhunderte war das oberkassische Volk mit dem deutschen als einer Kultur- und Schicksalsgemeinschaft verbunden. Während Kenntnis unserer Segen über die Verhältnisse Oberkassens und ihre Kultur, Deutschland zu berichten, hat dazu geführt, die historische Zugehörigkeit Oberkassens als zweifelhaft hinzustellen und sie durch Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Der Kongress gibt der Überzeugung Ausdruck, daß das oberkassische Volk durch die Abkündigung gegen sich von der Hand der Angehörigen mit Deutschland nicht trennen lassen will.

Wie es aus den folgenden Redaktionen der Presse ersichtlich ist, in Oberkassens die öffentliche Meinung für die Abkündigung ist, was durch die...

Totschlag, Gewalthaten und Verbrechen vor sich denker Zeit sind neben dem politischen Terror eine alltägliche Erscheinung geworden. Die freie Volksabstimmung ist unter diesen Umständen gefährdet. Wir fordern von den Entente-Mächten, daß sie die öffentliche Sicherheit des Landes wiederherstellen und die freie Volksabstimmung gewährleisten.

Mehr als zwei Jahrzehnte haben die deutschen Gewerkschaften auch in Oberkassens für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen und um Gleichberechtigung der Arbeiterschaft den Kampf geführt. Wenn nach schweren Kämpfen sich die Lage der oberkassischen Arbeiterschaft gebessert hat, so ist dies auch mit unserer Arbeit verbunden. Durch gemeinsame Arbeit und die Verbundenheit, werden wir mit unseren Kollegen u. a. Kollegen in Oberkassens zusammenhalten, was auch die Zukunft bringen mag. Wir wissen, welche Schwierigkeiten die christliche Arbeiterbewegung in der Vergangenheit und insbesondere in der Gegenwart zu überwinden hat.

Den Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften in Oberkassens sendet der Kongress herzlichste Grüße. Galtet aus im schweren Kampfe! Wir in der Vergangenheit, so werden wir auch in der Zukunft zusammenstehen in Leid und Not, in glücklichen und schweren Tagen. Wir werden gemeinsam kämpfen um eine glücklichere Zukunft!

Zur einseitigen deutschen Arbeitsrecht.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Oben ist unzufrieden mit der gegenwärtigen Bedeutung des Arbeitsrechtes. Er erkennt die Notwendigkeit, die vielen gesetzgeberischen Einzelmaßnahmen auf diesem Gebiete an, erachtet aber einen einheitlichen Bewältigung bestimmt in der Form eines einheitlichen deutschen Arbeitsrechtes. Aber für ebenso wichtig als die Schaffung objektiven Rechtes hält er die strikte Durchführung des einmal gesetzten Rechtes in der Praxis, die bei den heutigen Verhältnissen in Deutschland leider keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Der Kongress ist der Ansicht, daß die christlichen Gewerkschaften und die ihnen bestehenden Organisationen an den gesetzgeberischen Aufgaben im Arbeitsrecht und auch bei der Durchführung des gesetzten Rechtes in der Praxis mitwirken und nachdrücklich mitwirken müssen. Er fordert deshalb, Verordnungen dazu zu bestimmen, die im Lande an den Arbeitsstellen des zentralen Arbeitsrechtsausschusses in Berlin und an der Durchführung der Rechtsätze in der Praxis mitwirken gewillt und geeignet sind.

Wahlrecht.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands lehnt die Aufmerksamkeiten der Landesregierungen auf die schwierige Lage der ländlichen Pächter und Bauern ab. Die letzten Entscheidungen der Bauernvereinsräte haben dem Werke und der Kultur der Pächter- und Bauernvereine vom 2. Juni 1920 nicht Rechnung getragen. Die Bauernvereinsräte haben in ihrer Mehrheit sich einseitig zum Schutze der Pächter erklärt.

Der 10. Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bittet daher die Landesregierungen um beiderseitigen Erfolg von Auslieferungsbestimmungen zur Pächter- und Bauernvereine vom 2. Juni 1920, die für die Pächter und Bauernvereine den unbedingt notwendigen Schutz bei Nachbarn- und Pächter- und Bauernvereine sicherstellen.

Zur Wohnungsfrage wurde ein Antrag angenommen, in dem eine grundlegende Reform des Wohnungswesens nach folgenden Grundzügen verlangt wird:

1. Bodenreform: Beseitigung jeder weiteren Bodenverwertung durch Entziehung des unversicherten Wertes, welches an Boden und Gebäuden, Kommunalkaufung des für die Stadt und Gemeindeförderung notwendigen Grundbesitzes.
2. Hypothekensystem: Wiedereinführung der rechtlichen Trennung von Boden und Bau hinsichtlich der Belastung und Mitbestimmung der Hypothekensachen in Vermögensgegenstände, während das Bau- und Bodenrecht von der Gewährung des Hypothekensystems durch die öffentliche Gemeindeförderung unabhängig ist.
3. Bauwesen: Wiedereinführung der Bauwesen. Wiedereinführung der Bauwesen für die Stadt- und Gemeindeförderung in den Gemeinden, Bauwesen-Gemeinschaften ländlicher Bevölkerung.

